

zu TOP

Mainz, 23.01.2014

Anfrage 2323/2010/2 zur Sitzung Stadtrat am 08.12.2010

Kürzungen der Bundesregierung im Städte- und Wohnungsbau (SPD)

Die von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen der Mittel für die Städtebauförderung, die vor allem zulasten des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ gehen, drohen negative Auswirkungen auf eine nachhaltige und zukunftsfähige Stadtentwicklung in Mainz zu haben.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ läuft seit gut zehn Jahren und ist aus der Mainzer Städtebaupolitik nicht mehr weg zu denken. Dies zeigen die nachhaltigen Erfolge, die aus den Erfahrungen der Finther Römerquelle und des Berliner Viertels vorgegangen sind.

Die geplante Beschränkung des Programms auf investive Aufgaben schränkt nicht nur die Wirksamkeit des Programms in der Zukunft ein, sondern gefährdet auch den Erfolg dessen, was Quartiermanagerinnen und Quartiermanager derzeit durch ihre Beteiligungs- und Vernetzungsarbeit in den Stadtteilen Lerchenberg, Mombach und Neustadt geleistet haben und birgt die Gefahr, dass bürgerschaftliches Engagement in den Regionalfenstern verloren geht.

Das Programm ‚Soziale Stadt‘ lebt geradezu von der Verknüpfung baulich-investiver Maßnahmen in Wohnumfeld und Infrastruktur und sozialintegrativer Maßnahmen wie Nachbarschaftstreff, Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sowie die Integration von Migrantinnen und Migranten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Um welchen Betrag kürzt die Bundesregierungen ihre Mittel am gemeinschaftlich finanzierten Programm?
2. Sind Stadt und Land bereit ihre Mittel in voller Höhe wie bisher auch weiterhin einzubringen?

3. Teilt die Verwaltung unsere Auffassung, dass das Quartiermanagement zentraler Schlüssel des Erfolgs des Programms ist? Welche Aufgaben kommen aus Sicht der Verwaltung dem Quartiersmanagement konkret zu?
4. Führt die Verwaltung Gespräche mit dem Land, um die künftigen Rahmenbedingungen der Förderrichtlinien auszuloten?
5. Ist bereits schon konkret absehbar, welche Auswirkungen dies auf die einzelnen Regionalfelder hat?
 - Wenn nein, wann ist damit zu rechnen?
6. Besteht die Möglichkeit auf andere Fördermittel zurückzugreifen, um den gekürzten Anteil des Bundes ausgleichen bzw. zu verringern zu können?
 - Wenn ja, können sich andere Fördermittel durch ihre Rahmenbedingungen nachteilig auf das Programm „Soziale Stadt“ auswirken?

gez. Oliver Sucher